



Stimme der **VERNUNFT**

EINER MITTEN IM LEBEN
NORBERT HO~~F~~ER
BUNDESPRÄSIDENT

Thema des Monats:

**Der Mensch
Norbert Hofer**

Seite 2/3

FPÖ-1.Mai Feier:

**Wahlkampf zur
Bundespräsidentenwahl**

Seite 4/5

Landesparteitag:

**„WERTE leben. HEIMAT
bewahren. ZUKUNFT
gestalten.“** Seite 6/7

11 Fragen an NORBERT HOFER

? Was ist Ihre Lebensphilosophie?

Hart in der Sache, verbindlich im Ton.

? Was sind Ihre Stärken?

Willenskraft und Optimismus.

? Eine Schwäche?

Mir fehlt manchmal die Gelassenheit, Dinge so hinzunehmen, wie sie sind.

? Auf welche Leistung sind Sie besonders stolz?

Auf den Schritt aus dem Rollstuhl.

? Was fehlt Ihnen zum Glück?

Wer darüber nachdenkt, macht sich zwangsweise unglücklich.

? Was treibt Sie zur Verzweiflung?

Dass die aktuell an der Macht befindlichen Politiker innerhalb von wenigen Monaten alles verspielten, was unsere Eltern und Großeltern aufgebaut haben.

? Welches Projekt sollte schnell umgesetzt werden?

Jetzt brauchen wir vor allem den Schutz unserer Grenzen.

? Ihre Lieblingsfigur in der österreichischen Geschichte?

Joseph II.

? Was ist Ihr Urlaubsland Nr. 1?

Ich bin beruflich viel unterwegs und verbringe meine freien Tage am liebsten im Südburgenland.

? Welche kulinarischen Genüsse schätzen Sie besonders?

Es gibt nichts Besseres als einen frischen Apfel.

? Welchen Traum wollen Sie sich unbedingt noch erfüllen?

Ich werde mich nach meiner politischen Karriere wohl wieder in die Lüfte schwingen.

**FREIHEITLICHES
BILDUNGSWERK
OBERÖSTERREICH**

IH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZÖÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei-vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, R. Kroiß, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schießl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, P. Handlos, M. Gruber, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß, G. Steinkellner, E. Schreiner. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ



Der MENSCH NORBERT HOFER

Geboren wurde ich am **2. Mai 1971** in Vornau und wuchs in Pinkafeld auf. Ich bin zum zweiten Mal verheiratet und habe vier Kinder.

Nach dem Abschluss der HTL für Flugtechnik absolvierte ich meinen Präsenzdienst und war auch im Zuge des Assistenteneinsatzes als Soldat an der ungarischen Grenze stationiert.

Von **1991 bis 1994** war ich bei „Lauda Air Engineering“ als Systemingenieur für Triebwerke und Hilfsgasturbinen beschäftigt, und war auch als Bordingenieur im Einsatz. Dafür absolvierte ich diverse Weiterbildungen im Luftfahrzeugwesen.

1994 erfolgte der **Einstieg in die Politik** als Wahlkampfleiter und Organisationsreferent der FPÖ Burgenland. Ich durchlief mehrere ehrenamtliche und bezahlte Funktionen innerhalb der burgenländischen FPÖ, bis ich **2006 Abgeordneter zum Nationalrat** wurde.

Derzeit bin ich Vizebundesparteiobmann der FPÖ und seit 2013 bekleide ich das höchste öffentliche Amt für die FPÖ und bin Dritter Präsident des Nationalrates.

Beeinflusst durch meinen **schweren Unfall beim Paragleiten im Jahr 2003** engagiere ich mich stark in der **Behindertenpolitik** und bin Mitglied des Bundesbehindertenbeirates und des Österreichischen Rates für Freiwilligenarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die **Umweltpolitik**. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Österreichischen Umweltrates, Vorstandsmitglied von Eurosolar Austria und Mitglied des Beirates im Bundesverband für Erneuerbare Energie.



FPÖ-1.Mai: „Ich werde

Bis auf den letzten Platz gefüllt war das Festzelt bei der traditionellen 1.Mai-Veranstaltung. Die FPÖ stellte die heurige Veranstaltung ganz in den Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl.

Norbert Hofer, der es erstmals als FPÖ-Kandidat in die Stichwahl geschafft hat, Bundesparteiobmann HC Strache und Oberösterreichs FP-Landeschef Manfred Haimbuchner waren sich einig: „Es geht am 22. Mai um jede einzelne Stimme.“

In seiner Rede vor den über 7.000 Besuchern betonte Haimbuchner dass es jetzt notwendig sei, alle Kraft

für die Wahl Norbert Hofers zum Bundespräsidenten einzusetzen.

„Wer eine bessere Zukunft für Österreich, wer für Tradition und Werte ist, der wählt FPÖ. Die FPÖ ist der Garant für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“, stellte Haimbuchner klar. Nach der kommenden Wahl werde sich „Van der Bellen“, so der blaue Politiker, „wohl in der Van der Heulen umbenennen“. Ein grüner Scherbenhaufen in der Hofburg dürfe nicht Realität werden. Die falsch verstandene Toleranz der Grünen und Roten habe nämlich erst zu den Problemen in unserem Land geführt.

„Wir brauchen eine Rückkehrkultur“

Ein zentraler Punkt auch in der Rede des Bundesparteiobmannes Strache, der nicht müde wurde zu betonen, dass „wir keinen grünen Diktator brauchen.“ Die stärkste Partei solle mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Nicht die Partei, die den persönlichen Wünschen entspreche. Auch die politischen Vertreter anderer Staaten hätten sich nicht in innerösterreichische Fragen einzumischen, verwies Strache auf die Aussagen des SPD-Chefs Sigmar Gabriel, der zuvor versucht hatte, die





Bundespräsident!"

FPÖ-Wähler zu maßregeln. Diese sollten sich zuerst um die selbstgeschaffenen Probleme in ihren Ländern kümmern. Denn jetzt sei es nötig zu handeln. „Wir brauchen eine Rückkehrkultur“, so der freiheitliche Bundesparteiohmann.

„Ich werde Bundespräsident!“

Der freiheitliche Bundespräsidentkandidat, der unter lauten „Hofer“-Rufen empfangen wurde,

betonte in seiner Rede seine Liebe zur Heimat Österreich, den Menschen und seine Bodenständigkeit. „Ich bin gelernter Flugtechniker, meine Frau arbeitet als Altenpflegerin.“ Er wolle ebenso wenig wie seine Frau ein abgehobenes Präsidentenpaar werden, sondern auch weiterhin ein Teil der österreichischen Bevölkerung sein. „Ich bleibe einer von euch. Und ich werde Bundespräsident“, bekräftigte Norbert Hofer seine Nähe zur anwesenden Menge.



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Immer wieder

„WERTE leben. HEIMAT bewahren. ZUKUNFT gestalten.“

Mit 97,4 Prozent wurde Manfred Haimbuchner am Landesparteitag in seinem Amt als Landesobmann der FPÖ Oberösterreich eindrucksvoll bestätigt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter die Nationalräte Gerhard Deimek und Anneliese Kitzmüller, LR Elmar Podgorschek, der Welser Bürgermeister Andreas Rabl und LAbg. Ulrike Wall.



■ Freiheitliche Versprechen halten

Haimbuchner konnte in seinem Bericht eine positive Bilanz zum vergangenen Arbeitsjahr abgeben. Insbesondere das Arbeitsabkommen mit der ÖVP stand dabei im Mittelpunkt. „Schon nach wenigen Monaten ist die blaue Handschrift erkennbar: Wir haben für einen Wertewandel gesorgt mit der Deutschpflicht an den Schulen. Wir korrigieren die Mindestsicherung“, führte Haimbuchner aus. Auch mit der künftigen Verwaltungsreform wolle man Geld einsparen und damit die Oberösterreicher entlasten. Die Aufgabe freiheitlicher Politik, so Haimbuchner, sei es nämlich, freiheitliche Versprechen einzuhalten. Die FPÖ, die dieses Jahr ihren 60. Geburtstag feierte, habe „alle Hochs und Tiefs durchschritten“ und habe nun die Chance unter Beweis zu stellen, dass freiheitliche Politik notwendiger sei als je zuvor.

■ Heimat statt Willkommenshysterie

Der FP-Landeschef sparte nicht mit Kritik an den derzeitigen Umständen und ihren Verursachern. „Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat uns gigantische Probleme beschert. Probleme, die vor Kurzem

nicht erahnt, aber auch Probleme, die sich schon lange am Horizont abzeichneten.“

SPÖ und ÖVP hätten Probleme geschaffen und auf andere nicht reagiert, weshalb Österreich „in ein hochpreisiges und hochverschuldetes Hochsteuer-Land verwandelt“ worden wäre.



Bundesparteiohmann HC Strache mit der erfolgreichen Landesspitze der FPÖ Oberösterreich



Geehrt wurden die Gründungsmitglieder der FPÖ OÖ unter Anwesenheit der ehemaligen Landesparteibleute.

Gerade in Zeiten, in der die „politische Korrektheit der Willkommens-Industrie uns und unsere Wähler zu Rechtsradikalen macht“, sei es notwendig, Flagge zu zeigen. Österreich müsse selbst bestimmen, wer österreichisches Geld bekomme – egal ob im Falle der Bankenrettung, der EU oder des Asylwesens. „Die Terror-Anschläge sind der Beweis, dass die sogenannte Migration gescheitert ist“, unterstreicht LH-Stellvertreter Haimbuchner und fordert als nötige Konsequenzen die Grenzschießung und die Abschiebung illegaler und krimineller Asylwerber.

■ Oberösterreich war immer schon ein freiheitliches Kernland

Auch Strache kritisierte in seiner Rede die derzeitige Regierungspolitik und lobte gleichzeitig den politischen Kurswechsel seit der vergangenen Landtagswahl im freiheitlichen Kernland Oberösterreich: „Oberösterreich war immer schon ein freiheitliches Kernland. Und dass man auf eure Kraft, euren Einsatz und eure Ehrlichkeit zählen kann, habt ihr

vorigen September bei der Landtagswahl und den Gemeinderatswahlen wirklich eindrucksvoll bewiesen. Heute ist die oberösterreichische FPÖ ein starker und bestimmender Teil der Landesregierung.“ „Oberösterreich ist besonders betroffen vom Asylwahn seit letztem Sommer. Durch die Grenzlage zu Bayern ist Oberösterreich das Durchzugsgebiet für alle Wirtschaftsflüchtlinge, die dem Ruf von Mutti Merkel gefolgt sind. Und die Bundesregierung hat das Land im Stich gelassen, wie nicht anders zu erwarten war“, betonte Strache.



Unter Manfred Haimbuchner setzt die FPÖ OÖ weiter Akzente in der Landespolitik



467 Delegierte und zahlreiche Ehrengäste und Gäste kamen zum 33. Ordentlichen Landesparteitag

Letztes Jahr gab es in Oberösterreich über 60.000 Anzeigen. Das belegt die gestern vom Bundeskriminalamt präsentierte Statistik. Doch trotz leichtem Rückgang wächst die Angst.

Kriminalität: Trotz Statistik steigt die Angst

1,8 Prozent beträgt der Rückgang der angezeigten Straftaten. Gleichzeitig stiegen die Wohnungseinbrüche jedoch um 25 Prozent. Auch die Anzeigen wegen Schlepperei waren um 85 Prozent höher als 2014. Besonders im Bezirk Eferding gab es zudem vermehrt Körperverletzungen, gefährliche Drohungen und Suchtgiftdelikte. Rückgänge gab es speziell im Bereich der Wirtschafts- und Cyberkriminalität.

Auffällig ist dabei die Herkunft der Täter. So wurde zwischen 2003 und 2014 im gesamten Bundesgebiet jeder zweite Asylwerber angezeigt. Auch hier gab es 2015 einen leichten Rückgang. Dies sei jedoch kein Grund zur Entspannung, betont der freiheitliche Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. „Die Situation hat sich in den ersten Monaten 2016 bereits geändert. Unsere Polizei wird in den kommenden Monaten gefordert sein, dass sich die Statistik für das Jahr 2016 nicht eklatant verschlechtert.“



Foto: Lutz Stallknecht / pixello.de

Zentrales Problem seien neben der hohen Ausländerkriminalität besonders die mangelnden Konsequenzen für die Straftäter. „Für straffällige Asylwerber muss es härtere Strafen als bisher geben. Das können auch Abschiebungen sein. Wir müssen hier endlich klare Zeichen setzen“, fordert Podgorschek.

Eine Zeitenwende für die Republik

Eines bleibt nach dem ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl festzustellen: Die Menschen in Österreich haben die Nase voll von der jahrelangen verfehlten Politik der Großen Koalition und wünschen sich frischen Wind und einen Wertewandel in Gesellschaft und Politik. Die Kandidaten von ÖVP und SPÖ, deren Parteien das Land jahrzehntelang im Würgegriff gehalten und durch den Proporz bequem unter sich aufgeteilt hatten, sind beim Wähler am vergangenen Sonntag gnadenlos durchgefallen.

Mit dem eindeutigen Votum für den freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer haben die Wähler gezeigt, dass Ehrlichkeit und patriotische Werte durch die FPÖ authentisch gelebt werden und Norbert Hofer mit seinem Amtsverständnis den Österreichern Hoffnung auf einen Neubeginn gibt.

Das historische Ergebnis zeigt zudem, dass nur noch die Freiheitlichen echte bürgerliche Werte vertreten und die einzige politische Kraft im Land sind, die den Menschen die Wahrheit sagt – auch wenn sie unbequem sein mag. Die Österreicher wollen nicht mehr länger belogen werden. Sie wollen vielmehr, dass Werte wie Familie, Heimat- und Leistungsbewusstsein wieder im Vordergrund stehen und nicht Fernstenliebe und obskure Orchideenthemen.

Wofür die FPÖ inhaltlich steht, ist den Menschen bekannt. Die Wahl am 22. Mai ist daher auch eine Richtungsentscheidung. Wer Werte, Familie und Sicherheit gestärkt sehen will, wählt

Hofer. Wer eine Randgruppenpolitik will, die die Menschen bevormundet und antidemokratische Züge aufweist, wird eher im linken Spektrum zu finden sein. Es besteht jetzt die Chance, ein Zeichen für die Heimat zu setzen. Österreich und die Bürger unseres Landes stehen für uns im Mittelpunkt. Wir sind im Gegensatz zu den anderen Parteien immer für den Bürger da. Eine abgehobene und bürgerferne Politik, wie sie etwa Rot und Schwarz jahrelang betrieben haben, ist mit uns Freiheitlichen nicht zu machen. Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst.

Die Zeit bis zur Stichwahl wird der politische Mitbewerber aber nichts unversucht lassen, um einen freiheitlichen Bundespräsidenten zu verhindern. Doch die Geschlossenheit, Kontinuität und Beständigkeit, die uns Freiheitliche auszeichnen, werden uns die Stärke geben, die Zeitenwende für die 2. Republik umzusetzen: Einen Bundespräsidenten, der ein Schutzherr für die Österreicher sein wird und sich aktiv in das politische Geschehen unseres Heimatlandes einmisch.

Foto: Hartl



LHStv. Manfred Haimbuchner



Foto: reporter.co.at

Tausende Flüchtlinge werden nach Österreich zurückgeschickt

Seit Ende letzten Jahres schicken die deutschen Behörden täglich Flüchtlinge nach Österreich zurück. Eine parlamentarische Anfrage der Freiheitlichen an das Innenministerium zeigt, dass allein im Dezember und Jänner 3.706 Personen von Deutschland nach Österreich (Schärding) zurückgeschickt wurden, weil Deutschland bei ihnen keine Fluchtgründe feststellen konnte. Die Flüchtlinge wollten nach Skandinavien weiterreisen oder hatten kein Asyl in der Bundesrepublik beantragt.

Die meisten abgelehnten Asylwerber kamen aus Afghanistan und Marokko, gefolgt vom Iran und Irak. Sie in ihre Heimat rückzuführen ist aufgrund fehlender Rückübernahmeabkommen – vor allem mit den nordafrikanischen Staaten – nahezu aussichtslos. Die EU verhandelt über diese Abkommen zwar seit Jahren – allerdings ohne echtes Ergebnis. Somit bleibt der Großteil hier in Österreich.

Der freiheitliche Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek sieht angesichts der steigenden Zahlen von unberechtigten Asylwerbern dringend Handlungsbedarf durch die bisher untätige Bundesregierung: „Nach wie vor gibt es offensichtlich kein Ergebnis was die Rückübernahme von Personen aus Marokko und Algerien, aber auch Afghanistan betrifft. Wir müssen den Umweg über Brüssel ausschal-

ten und direkt mit bilateralen Gesprächen ein rasches Ergebnis erzielen.“

„Für mich ist ob des verhältnismäßig hohen Anteils an rückgeführten Afghanen und Marokkanern bemerkenswert, dass von Seiten der Regierungsparteien weiterhin keine Bestrebungen zu einem raschen Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit diesen Ländern beobachtet werden können“, kritisiert auch FPÖ-Nationalratsabgeordneter Hermann Brückl aus Schärding. „Es ist daher ein klarer Auftrag an die Regierungsparteien, endlich eine transparente und konsequente Strategie im weiteren Umgang mit der anhaltenden Flüchtlingskrise zu formulieren“, fordert Brückl.



LR Elmar Podgorschek

Die Schnellbuslinie 399 Linz/JKU – Hagenberg/Softwarepark wird ausgeweitet. Bislang verkehrte nur an Schultagen ein Bus, nun kommt ein zusätzliches Fahrzeug zum Einsatz und das Angebot wird auf alle Werkstage ausgeweitet. Die Strecke wird im Norden bis Götschka und in Linz bis zum Busterminal verlängert.

Unishuttle wird ausgeweitet

Ab der JKU werden die Busse beschleunigt über die A7 und die Prinz Eugen Straße bzw. den Europaplatz geführt. Eine rasche Verbindung der Ausbildungsstandorte Universitätskliniken – JKU – Hagenberg/Softwarepark wird möglich.

ommaruga Fabio / pixelio.de



3 neue zusätzliche Schnellbusverbindungen werden zwischen Freistadt und Linz eingerichtet. Dies geschieht unter Einbindung der Gemeinde Neumarkt im Mühlkreis. Dazu gibt es ergänzende, kleinräumige Verbindungen im Raum Linz – Gallneukirchen und Linz – Ebelsberg.

Durch diese Maßnahmen können 15 Buskurse auf der Verbindung Linz – Freistadt beschleunigt geführt werden. „Das bedeutet auf dieser wichtigen Pendlerstrecke und entlang der B 124 eine Reisezeitersparnis zwischen 10 und 20 Minuten. Eine klare Verbesserung für die Pendler“, betont Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Entfallende Zwischenhalte werden durch die kleinräumigen Verbindungen aufgefangen. „Diese Maßnahmen sollen mit erstem August starten und ich erwarte mir durch ihre Einführung eindeutig



FPÖ fordert Beibehaltung der Schulnoten

SPÖ-Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek will in den ersten drei Volksschuljahren die Schulnoten abschaffen. Kinder sollen stattdessen eine Jahresbeurteilung bekommen. Auch das Sitzenbleiben soll abgeschafft werden. Ziel der roten Bildungspolitikerin ist es, mit der Änderung der Benotungen das Schulsystem zu modernisieren.

Dieses Vorhaben war auch in der Sitzung des oberösterreichischen Landtages am Donnerstag ein Thema. FPÖ und ÖVP sparten nicht mit Kritik. „Wie soll bei Gesamtnoten eine Bewertung der Leistung des einzelnen Schülers möglich sein.“

Immerhin würde es – geht es nach den roten Plänen – in Zukunft keine einzelnen Noten mehr in den jeweiligen Fächern geben.“ Auch deshalb sind für FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr „diese Pläne nur der erste Schritt zum Abbau der Schulbildung in unserem Land.“

Die FPÖ erteilt dieser „linken Kuschelpädagogik“ eine klare Absage. „Für uns ist ein Ende der Ziffernbeurteilung unvorstellbar“, so Mahr. Die Ergebnisse der PISA-Studie belegen, dass die österreichischen Schüler vor allem im Lesen hinter dem OECD-Schnitt liegen. „Daher müssen wir alles daran setzen, um zu verhindern, dass unser Bildungsniveau noch weiter nach unten gedrückt wird.“ Sei ein Schüler nicht in der Lage, den geforderten Stoff eines Schuljahres zu lernen, müsse auch weiterhin das „Sitzenbleiben“ möglich sein.

Foto: fileccia / flickr (CC BY-NC 2.0)

400 Euro weniger Mindestsicherung für Asylberechtigte

ÖVP und FPÖ haben am Dienstag einen konkreten Vorschlag zur Kürzung der Mindestsicherung in Oberösterreich auf den Tisch gelegt. Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte sollen künftig nur mehr 365 Euro plus einen an Auflagen gebundenen Integrationsbonus von 155 Euro bekommen – in Summe also 520 Euro statt bisher 914 Euro. Mit diesem Modell geht Schwarz-Blau in den Unterausschuss am Donnerstag, wo mit SPÖ und Grünen darüber diskutiert wird. Bringen soll es vier bis fünf Millionen Euro Kostendämpfung und ein „gesellschaftspolitisches Signal“.



Foto: reporter.co.at

Für Verpflegung werden bei Einzelpersonen 215 Euro, fürs Wohnen 150 Euro veranschlagt. Um den Integrationsbonus zu

erhalten, muss man sich in einem Integrationsvertrag verpflichten, an einem Werkkurs, einem Deutschkurs und Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Kommt man dem nicht nach, kann der Bonus stufenweise gestrichen werden.

„Die Mindestsicherung soll eine kurzfristige Notmaßnahme sein und nicht als soziale Hängematte gesehen werden“, argumentiert ÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr das neue Modell. Ihr FPÖ-Gegenüber Herwig Mahr setzt nach: „Wir müssen einen Riegel vorschieben.“

Den Einwand, dass es ja auch bislang die Möglichkeit gab, bei Integrationsverweigerung die Mindestsicherung zu kürzen, lässt man bei ÖVP und FPÖ nicht gelten. „Bislang gab es eine Bemühpflicht. Jetzt wollen wir mit dem Bonus Asylberechtigte eher zur Integration zwingen“, erklärt Mahr. Außerdem seien keine Daten vorhanden, wie oft das bisher geschehen sei.

Herwig Mahr, FPÖ-Klubobmann, is shown in a portrait on the right side of the page. He is a middle-aged man with short, light-colored hair, wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a patterned tie. He is smiling slightly and looking towards the camera.



Foto: Pixabay.com

Schulsprache Deutsch in Hausordnung

In Oberösterreich gibt es derzeit etwa 20.000 Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache. Bei einer Summe von etwa 100.000 Schülern entspricht dies einem Anteil von rund 20 Prozent. Der steigende Prozentsatz von Schülern mit mangelnden Deutschkenntnissen belegt dabei die Notwendigkeit, die deutsche Sprache als Schulsprache zu stärken.

Ein rechtliches Gutachten des Verfassungsdienstes der OÖ Landesregierung belegt nunmehr ganz eindeutig die Möglichkeit, Deutsch auch innerhalb der Pausen durchzusetzen. Neben der Abänderung des Schulunterrichtsgesetzes durch Mehrheitsentscheid im Nationalrat und der Veränderung der Schulordnung durch die Bildungsministerin, ist auch die Regelung innerhalb der jeweiligen Hausordnung der Schule ein gangbarer Weg. Dazu ist nur ein Beschluss im Schulgemeinschaftsausschuss notwendig, der Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter umfasst. Bereits am vergangenen Wochenende wurde dazu allen oberösterreichischen Schulen ein Formulierungsvorschlag vermittelt, welcher in die jeweilige Hausordnung aufgenommen werden soll. Dieser lautet: „Die Fähigkeiten jeder Schülerin und jedes Schülers sind für die Schul-

gemeinschaft wichtig und wertvoll. Schülerinnen und Schüler mit anderer Muttersprache wollen wir mit allen ihren Fähigkeiten in unser Schulleben integrieren. Um Vorurteile und Ausgrenzungen zu vermeiden, werden wir auch außerhalb des Unterrichts Deutsch als gemeinsame Sprache verwenden. Schüler, die unsere Sprache noch nicht so gut beherrschen, unterstützen wir beim Erlernen der deutschen Sprache.“ Für FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr ist klar, dass „gerade in den Pausen, in denen zwischenmenschliche Begegnungen und Konversationen stattfinden, der Spracherwerb sehr leicht fällt. Dieser Tatsache wollen wir mit unserer Formulierung Rechnung tragen, denn mit der Sprachbeherrschung steigen schulische und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, damit gelingt Integration und wird Gruppenbildung vermieden.“

GROSSRAUM LINZ: Schnellbuslinien sollen Verkehr entlasten

Um den Auswirkungen der Sperre der Eisenbahnbrücke zu entgegnen, wird die Einführung von Schnellbuslinien von Winter 2017 in das heurige Jahr vorgezogen. FPÖ-Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner kann den Unmut der Linzer und der Pendler in die Landeshauptstadt verstehen. „Bei der Planung und Koordinierung der Brückenbaustellen ist in den letzten Jahren vieles falsch gelaufen. Es liegt nun an uns, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und für rasche Entlastungsmaßnahmen im Zentralraum zu sorgen.“

Ein zusätzlicher Zug auf der Summe-rauerbahn wird bereits eingesetzt und auf der Mühlkreisbahn wird in der Morgenspitze mit einem zusätzlichen Triebwagen gefahren, um das Transportpotential zu erhöhen. "Wir haben uns nun auch dazu entschlossen, die Einführung von Schnellbuslinien in das heurige Jahr vorzuziehen", so Steinkellner.

Diese Maßnahme hätte erst mit der Vergabe der Linien im Raum Freistadt/Gallneukirchen, also für den Zeitraum Dezember 2017-2027, kommen sollen. Die zugrundeliegende Finanzierung wurde bereits am 3. Mai im Landtag beschlossen. "Wir müssen schnelle Verbindungen schaffen, um die Pendlerinnen und Pendler zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu motivieren und genau das tun wir jetzt. Mit diesem Schritt wollen wir ein klares Zeichen in Richtung öffentlicher Verkehr setzen und zur Entlastung des Straßennetzes beitragen", hebt Landesrat Steinkellner hervor.



LR Günther Steinkellner



Das RECHT geht vom VOLK aus

EIN NEUES AMTSVERSTÄNDNIS
NORBERT HOFER
BUNDESPRÄSIDENT

Wer unser Österreich liebt, stimmt für Norbert Hofer, weil nur ER ...

- ... unsere **Bevölkerung** sowie ihre Kultur, Werte, Traditionen und **Sicherheit** gegen die neue Völkerwanderung verteidigt. Wir **Österreicher** haben ein **Recht auf Heimat**.
- ... Österreich selbstbewusst in der Welt vertritt, damit uns **andere Staaten** wieder **mit Respekt begegnen**. Österreich muss **souverän** sowie **selbstbestimmt handeln** und darf nicht Befehlsempfänger der EU sein.
- ... gegen eine EU als Schulden- und Haftungsunion **zu Lasten unserer kommenden Generationen** auftritt. Österreich hat schließlich selbst genug Schulden.
- ... nicht zulässt, dass unser **Sozialsystem von Wirtschaftsflüchtlingen zerstört** wird. **Rot, Schwarz und Grün** dagegen haben durch ihre Politik diese erst zu uns gerufen.
- ... **österreichische Arbeitsplätze** gegen Verdrängung und Lohndumping schützt. „**Österreich zuerst**“ muss auch am heimischen Arbeitsmarkt gelten.
- ... dafür sorgt, dass unsere Neutralität und **unser Bundesheer** wieder **gestärkt** und **nicht wie bisher ruiniert** werden. **Landesverteidigung** ist die **Pflicht eines jeden Staates**. Österreich soll zudem wieder ein **internationaler Vermittler** sein.
- ... Wahnsinnigkeiten wie das Freihandelsabkommen **TTIP nicht unterschreibt** und gleichzeitig **unser Recht auf Bargeld** verteidigt.
- ... **Gerechtigkeit schafft**, indem er **Ungerechtigkeiten abstellt**: bei Luxuspensionen, Zwei-Klassen-Medizin, Pflege und Familien oder beim Gebühren- und Mietwucher.
- ... weiß, dass in einer **Demokratie das Volk** die höchste Instanz ist. Deshalb **steht er auch für mehr direkte Demokratie**.